

Auch diese Haare werden geschnitten werden

Prof. Dr. Erwin W. Heri

Die Infotainment-Karawane ist von den Generalversammlungen und Bonus Diskussionen über das BP-Golfschlammassel inzwischen zum „Finger-Pointen“ nach Griechenland gezogen. Und wie meistens bei oberflächlicher Analyse wird auch hier der Sack statt des Esels geschlagen. Da wird den Griechen vorgeworfen, sie würden sich zu früh pensionieren lassen, seien allesamt korrupt, meistens vom Staat angestellt und müssten sich deswegen nicht wundern ...Im Übrigen seien sie jetzt dafür verantwortlich, dass der Euro so schwach sei. Wenn die Welt doch nur so einfach wäre.

Griechenland hat sich als Kollektiv nicht anders verhalten, wie jedes Wirtschaftssubjekt wenn es ökonomisch unsinnige Anreize erhält: Es entwickelt so lange entsprechende Verhaltensnormen und baut entsprechende Strukturen auf, bis sich über kurz oder lang die volkswirtschaftlich-ökonomischen Grundgesetze durchsetzen. Das war immer so und wird auch immer so bleiben.

Wer meint, wegen irgendwelcher Partikularinteressen oder politischer Überlegungen (oder noch schlimmer: Überzeugungen), diese Grundgesetze ausser Kraft setzen zu können, verschiebt die notwendigen Anpassungen nicht nur in die Zukunft, sondern macht sie auch noch schwieriger. Natürlich schocken die Milliarden, welche Griechenland nachgeworfen werden, nicht mehr besonders – wir haben uns ja inzwischen daran gewöhnt mit Milliarden etwa so umzugehen wie weiland mit den Hektolitern und Tonnen beim Lernen des Einmaleins. Das Problem ist, dass die Milliardenlöcher Griechenlands entsprechend der obigen Überlegungen nicht einfach nur Ausdruck fiskalischer Inkompetenz einer (oder mehrerer) hellenistischer Regierungen ist, sondern vielmehr Ausdruck eines (finanz)politischen Schlendrians, der sich in den letzten 10 Jahren in der ganzen Europäischen Union eingeschlichen hat.

Anders als viele meiner Kollegen bin ich nicht der Meinung, dass der Euro eine strukturelle Fehlgeburt war. Es war aber immer schon klar – eines der oben erwähnten ökonomischen Grundgesetze -, dass eine notwendige Bedingung für das Funktionieren einer Währungsunion vielleicht politische - sicher aber fiskalische Rahmenbedingungen sind. Deswegen etablierte man ja auch beim Übergang zur Währungsunion die sogenannten Maastricht-Kriterien die sicherstellen sollten, dass der EURO-Raum ein stabiles Währungsgebilde würde. Leider blieb der Stabilitätsakt, der eine Neuverschuldung von maximal drei Prozent des Bruttoinlandproduktes zu akzeptieren versprach sowie einen Schuldenstand eines Landes von maximal 60 Prozent des Bruttoinlandproduktes, reines Papier ... und ist inzwischen zu Makulatur verkommen. Relativ rasch wurden die an sich sinnvollen ökonomischen Kriterien in den politischen Prozessen der EU verwässert. Nicht nur hielten sich die grossen Länder selbst bald nicht mehr an die Vorgaben, es wurden sogar Länder in die EU aufgenommen, die die Kriterien schon von Anfang an nicht zu erreichen vermochten (und wahrscheinlich nie eine Chance hatten, dies zu tun). Und was macht man jetzt, nachdem man einmal mehr gemerkt hat, dass der Krug zum Brunnen geht bis er bricht? Man nimmt die Scherben des kleinen Kruges, wirft sie in einen grösseren Krug und marschiert fröhlich weiter.

Es ist nicht das erste Mal, dass ein Staat in eine Überschuldung hineinfährt. Prozeduren zur Abwicklung solcher Situationen sind zwar in jedem Fall spezifisch, weisen aber immer Gemeinsamkeiten auf. Eine dieser Gemeinsamkeiten besteht darin, dass bei Umschuldungen jeweils die ursprünglichen Gläubiger, die nicht selten spekulativ in die jeweiligen Länder investiert haben, einen Abschreiber auf ihren Anlagen erleiden – Neuhochdeutsch einen sogenannten „Haircut“. Die Architekten der Griechenland Lösung sind der Meinung, das müsse heute nicht mehr so sein. Wahrscheinlich meint man, die Solidarität innerhalb der EU sei gross genug, dass die deutschen Steuerzahler und die internationalen Investoren dem lustigen Treiben in Südeuropa willig weiter zusehen. Aber auch der grössere Krug geht zum Brunnen bis er bricht. Die Schulden sind ja nicht einfach weg. Es werden und wurden einfach andere Gläubiger gefunden. Und wenn dann in ein paar Jahren die gesamte EU unter ihrer Gesamtschuldenlast zu ächzen beginnt, dann werden wir sehen, wessen Haare in der dann zumaligen Umschuldung geschnitten werden. Auf jeden Fall sollte man sich gut überlegen, die Anleihen welche Staatspapiere man in Zukunft noch zu den risikolosen Anlagen zählen will, für die man Staatsanleihen in der Regel gehalten hatte.